

Landes- und Raumforschung in der Zeit des Nationalsozialismus. Die Leipziger Hochschularbeitsgemeinschaften für Raumforschung (1936–1945/46)

Die Entstehung der Raumforschung in Deutschland und ihre politische Instrumentalisierung in der Zeit des Nationalsozialismus sind in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Geschichte der Geographie intensiver untersucht worden.¹ Für Leipzig, einem der Zentren der geographischen und wirtschaftsgeographischen Forschungen in Deutschland, liegt eine solche Untersuchung bisher nicht vor. Sieht man die Fragestellung der Raumforschung allerdings auf andere Wissenschaftsdisziplinen erweitert, zeichnet sich in den inzwischen vorliegenden Arbeiten zur Geschichte der Leipziger Soziologie, insbesondere zu Hans Freyer, und zur Entwicklung der Landesgeschichte in den zwanziger und dreißiger Jahren ein anderes Bild ab.² Im Zusammenhang mit der Ausgang der achtziger Jahre begonnenen intensiveren Untersuchung der Geschichte Sachsens in der ersten Hälfte des 20. Jhs. und der damit verbundenen Kenntnisaufnahme der zeitgenössischen Forschungen trat dieses Erbe der Leipziger Regionalforschung³ zutage. Eine Untersuchung des Kontextes der einzelnen Veröffentlichungen aus der Zeit des Nationalsozialismus war angezeigt.

Die folgende Darstellung zur Geschichte der Leipziger Hochschularbeitsgemeinschaften für Raumforschung (HAG) konzentriert sich für die Jahre bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges vor allem auf die HAG an der Handels-Hochschule.⁴ Das erscheint gerechtfertigt, weil Karl C. Thalheim, kommissarischer Leiter der dortigen HAG seit November 1937, als Verbindungsmann und Sprecher der vier im Gebiet der Landesplanungsgemeinschaft Sachsen gelegenen HAG eine zentrale Rolle spielte.⁵ Für die Zeit des Krieges wird vor allem die Arbeit Rudolph Reinhardts, Direktor des Deutschen Museums für Länderkunde und Leiter der universitären HAG seit 1942, untersucht.

I.

Landesplanung und – als wissenschaftliches Pendant – Raumforschung entstanden in verschiedenen hochindustrialisierten Ländern in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts. Dies zeigte das Bedürfnis an, die komplexer gewordenen raumbundenen Beziehungen in modernen Gesellschaften, insbesondere zwischen der Industrie und ihren Standorten, der infrastrukturellen Entwicklung, der Landwirtschaft sowie der Siedlungsentwicklung beherrschbar zu machen. Es spiegelte sich darin eine allgemeine Situation wider, die im Ergebnis der Industrialisierung dieser Gesellschaften entstanden war.

Die Landesplaner ließen sich dabei von der Vorstellung leiten, daß die Raumbeziehungen der modernen Industriegesellschaft beherrschbar und gestaltbar sind und bezogen daraus ihren Anspruch auf eine weit darüber hinausreichende politische Einflußnahme und Mitsprache bei der Umgestaltung der Gesellschaft. Die Entstehung der Landesplanung vollzog sich also in einer völlig anderen Situation, als sie Siefeler für die Gegenwart und für den Übergang der damals entstandenen Industrielandschaft zur „totalen Industrielandschaft“ beschreibt. Dies bestimmte die Chancen für die Entwicklung dieser Konzepte, beeinflusste aber auch die Möglichkeiten ihrer politischen Instrumentalisierung. Das gilt insbesondere für Deutschland, das zumindest in Europa zum Vorreiter der modernen Landesplanung und der Raumwissenschaften wurde.

Die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg zog territoriale Veränderungen für Deutschland nach sich. Dies und die weltwirtschaftlichen Folgen des Krieges führten zu Konsequenzen für die räumliche Gliederung des Landes, die sich nicht allein aus dem Verlust von wirtschaftlich relevanten Gebieten im Westen und im Osten erklären lassen. Vielmehr machte die räumliche Verdichtung, die im Interesse der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Potentials erforderlich war, Erfordernisse der Hochindustrialisierung offenkundig: Ohne eine fundierte räumliche Planung und Ordnung, ohne ein Instrumentarium zur Abstimmung konkurrierender Interessen und Bedürfnisse insbesondere in den industriellen Ballungsgebieten waren diese Entwicklungen nicht zu beherrschen. Die auf die jeweilige Kommune beschränkten Stadtplanungen waren überfordert. So erlangten die bereits vor dem Ersten Weltkrieg in einigen wirtschaftlichen Ballungsgebieten entstandenen regionalen Planungsverbände neues Gewicht; sie erfaßten am Ende der Weimarer Republik 25 Prozent des Territoriums und 48

Prozent der Bevölkerung des Deutschen Reiches⁶. Diese Planungsverbände – zu nennen sind vor allem der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, der Planungsverband für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk und der allerdings nur kurzlebige Zweckverband Groß-Berlin – entstanden vor allem in Gebieten wirtschaftlichen Wachstums und dienten dem Interessenausgleich der unterschiedlichen Bodennutzer. Ihre Konstruktion unterschied sich voneinander beträchtlich, insbesondere hinsichtlich des Mitspracherechtes der Interessensverbände der jeweiligen Region. Am weitesten auf demokratischen Konsens bedacht waren offensichtlich die Schöpfer der Planungsorganisation in Mitteldeutschland (Provinz Preußen sowie Anhalt) und, in Anlehnung an diese Konstruktion, in Thüringen.⁷

Landesplanung und Raumforschung entstanden in einem politischen und gesellschaftlichen Kontext, der sich insbesondere in Deutschland mit dem Begriff der „Krise der Moderne“⁸ beschreiben läßt, und verstanden sich als Teil des Versuches, auf diese Krise zu reagieren. Die Affinität gegenüber dem Nationalsozialismus und politische Instrumentalisierungsmöglichkeiten erklären sich daraus, daß die dominierenden Landesplaner und Raumforscher auf diese Krise Antworten im Sinne der Aufhebung der mit der Modernisierung verbundenen Öffnung und Demokratisierung gaben und so die Positionen der Theoretiker der „konservativen Revolution“ stärkten.⁹ Auf die differenzierten Zielstellungen und die zum Teil sehr stark divergierenden Konzepte kann hier nicht detailliert, sondern nur soweit eingegangen werden, wie es für die Einordnung dieser Entwicklungen in der NS-Zeit erforderlich ist.

Bereits bei der wahrscheinlich ersten Verwendung der Begriffe Raumordnung und Raumwirtschaft durch Gustav Langen, ehemals Regierungsbaumeister in Berlin-Grünwald, in einem Vortrag zur Leipziger Siedlungswoche 1927 hatte dieser damit die Erwartung verknüpft, durch die bewußte Gestaltung der räumlichen Bedingungen nicht nur die wirtschaftliche Struktur des Landes, sondern auch die Gesellschaft zu verändern.¹⁰

Drei Problemkreise, die die Diskussion um die Schwerpunkte der räumlichen Neuordnung Deutschlands dominierten, zeigen diese Übereinstimmung. Die Industrialisierungskritik, wie sie als konservative Kultur- und Gesellschaftskritik um die Jahrhundertwende einen ersten Höhepunkt erlebt hatte, entbrannte erneut und äußerte sich in Konzepten zu einer Reagrarisierung.

Hauptangriffspunkte waren dabei die Großstädte und industriellen Ballungsgebiete, die als Herde einer krankhaften Individualisierung der modernen Gesellschaft charakterisiert wurden. Dies führte zu Überlegungen für eine Siedlungspolitik, durch die über mehrere Generationen eine ausgewogenere räumliche Struktur der deutschen Gesellschaft erreicht werden sollte.¹¹ Welchen Platz die Industrie in dieser neuen Struktur einnehmen sollte, war strittig. Schließlich wurden die kriegs- und nachkriegsbedingten Veränderungen und Störungen der weltwirtschaftlichen Beziehungen und die besonderen Schwierigkeiten Deutschlands auf dem Weltmarkt zum Ausgangspunkt für eine am Ende der Weimarer Republik aufflammende Diskussion um Autarkie Deutschlands.

Mit dem Übergang zur nationalsozialistischen Herrschaft veränderten sich die Bedingungen für die Entwicklung von Landesplanung und Raumforschung. Der Stellenwert raumpolitischer Vorstellungen in der NS-Ideologie schuf günstigere Voraussetzungen für die Etablierung dieser Konzepte sowohl in der gleichgeschalteten Verwaltung des Reiches als auch in der auf politische Einflußnahme zielenden Wissenschaftspolitik. Durch den nationalsozialistischen Staat wurden offen die politischen Ziele der Raumplanung vorgegeben. Die Instrumentarien der Landesplanung, die bisher auf Diskussion und Ausgleich divergierender Interessen gezielt hatten, wurden liquidiert. Die politische Inanspruchnahme der wissenschaftlichen Disziplinen, die mit der Landes- und Raumplanung verbunden waren – das galt insbesondere für die schon genannte „Raumforschung“ – erreichte ohne Widerspruch ihrer Vertreter ein bislang unvorstellbares Ausmaß.¹²

II.

Die Voraussetzungen für raumkundliche und regionale Forschungen waren in Leipzig außergewöhnlich gut. Der von 1922 bis 1935 von Wilhelm Volz wahrgenommene Lehrstuhl am Geographischen Seminar der Leipziger Universität war einer der ältesten geographischen Lehrstühle in Deutschland und besaß eine überdurchschnittlich gute Ausstattung.¹³ Volz selbst war als Geschäftsführer der von Albrecht Penck geleiteten Stiftung für Deutsche Volks- und Kulturbodenforschung einflußreich, wenn auch nicht unumstritten unter den deutschen Geographen.¹⁴ Die von ihm organisierten Jahrestagungen zu den deutschen Grensräumen, die bis zur Stilllegung der Stiftung 1932 alle

Grenzräume erfaßten, zielten auf die nach dem Ersten Weltkrieg mehr denn je für unverzichtbar gehaltene politische Relevanz geographischer Forschung im Interesse einer Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges. Die Einvernahme in die „Volkstumsarbeit“ im Osten in der NS-Zeit war insofern thematisch vorprogrammiert, auch wenn Volz als Person dann nicht mehr erwünscht war.¹⁵

Der hohe Stellenwert der Geographie in Leipzig wurde auch durch das Extraordinariat Heinrich Schmitthenners für Kolonialgeographie unterstrichen, „das der gegebene Mittelpunkt der in Leipzig sehr regen kolonialen Interessen“¹⁶ war. Die Existenz des städtischen Museums für Länderkunde – des einzigen geographisch-länderkundlichen Museums in Europa, wie nicht nur zur Erlangung staatlicher Unterstützung von der Stadt immer wieder betont wurde¹⁷ – und der Sitz der großen geographischen und kartographischen Verlage hoben die Messstadt als herausragenden Standort der geographischen Forschung und Publizistik hervor. Einen großen Raum nahmen wirtschaftsgeographische Forschungen ein, die den besonderen Interessen der hochindustrialisierten und auf Außenhandel orientierten Region Rechnung trugen. Diese Forschungen wurden insbesondere von der Handels-Hochschule getragen.¹⁸

Schließlich brachten auch die in Leipzig beheimatete Landeskunde und Landesgeschichte, von Rudolf Kötzschke und später von Adolf Helbok vertreten, insbesondere durch die siedlungsgeschichtlichen Forschungen gleichfalls ein bedeutendes Potential in regionale und Raumforschungen ein.

Der Aufbau der beiden Hochschularbeitsgemeinschaften an der Leipziger Universität und an der Handels-Hochschule erfolgte sehr zügig. Nach einer Beratung im Reichserziehungsministerium am 27. Januar 1936, auf der der für Wissenschaft zuständige Minister Rust und der auch für die Raumplanung und -ordnung verantwortliche Kirchenminister Kerrl über die Bildung der RAG informierten, fand bereits am 18. Februar 1936 eine Beratung der Leipziger Dozentenschaft beider Hochschulen statt.¹⁹ Wenige Tage zuvor war mit dem Erlaß Rusts vom 15. Februar auch der formelle Start zur Bildung von Hochschularbeitsgemeinschaften gegeben worden. Die Aufforderung des Sächsischen Volksbildungsministeriums zur Bildung solcher Arbeitsgemeinschaften ging an die Universität Leipzig, an die Technische Hochschule Dresden, an die Leipziger Handels-Hochschule und an die beiden Pädagogischen Institute in Dresden und Leipzig. Diese entstanden an den beiden Leipziger Hochschulen, an der Dresdner TH

(besonders rühlig dabei die Forstliche Hochschule Tharandt als Abteilung der TH Dresden) und an der Bergakademie Freiberg.

Wenn Thalheim als Sprecher der sächsischen Raumforschung auftrat, konnte er sich nicht nur auf das außergewöhnlich ausgeprägte Potential der Leipziger raumkundlichen Forschungen stützen; in Dresden (mit dem Städteplaner Adolph Muesmann als Leiter der HAG), der Außenstelle Tharandt der TH Dresden und mit der HAG der Bergakademie Freiberg (Leiter Walter Hoffmann) stand für die Landesplanung und Raumforschung Sachsens insgesamt ein bedeutendes und überdurchschnittliches Potential zur Verfügung.

Die enge Verknüpfung der Raumforschung mit den politischen und hochschulpolitischen Zielen der NSDAP wurde bereits bei der „Kundgebung der HAG an der Universität Leipzig“ am 23. Juni 1936 in der Aula der Universität deutlich, zu der Lehrkörper und Studenten beider Hochschulen zum Erscheinen aufgefordert waren. Über die Aufgaben der Raumordnung sprachen Jarmer von der zuständigen Reichsstelle, der Obmann der RAG Konrad Meyer und der kommissarische Leiter der HAG an der Universität Wilmanns, Dekan der Philosophischen Fakultät II.²⁰ Anschließend wurde durch den Gauschulungsleiter Studentkowski eine Ausstellung „Grenzraum Sachsen-Böhmen“ eröffnet.

Ausgehend von den Problemlagen der Region – die HAG waren thematisch stark in ihrer jeweiligen Region verankert, um so ihr Potential in die Arbeiten der 1936 vorgegebenen Landesplanungsgesellschaften einfließen zu lassen – und von den politischen Vorgaben der NS-Führung traten bis zum Beginn des Weltkrieges drei Fragestellungen in den Mittelpunkt der Leipziger und anderen sächsischen Hochschularbeitsgemeinschaften:

Bis 1938 nahm die Problematik der *Wehrwirtschaft* einen relativ geringen Stellenwert unter den von den sächsischen HAG bearbeiteten Themen ein. Möglicherweise korrespondiert dies mit der späten Einbeziehung der Grenzlandes Sachsens in die Rüstungswirtschaft²¹, wahrscheinlich ergibt aber eine Untersuchung der Forschungen der beiden Leipziger Hochschulen insgesamt noch ein anderes Bild. Kurt Pröpfer vom Leipziger Messeamt und Mitarbeiter in der HAG der Handels-Hochschule schlug allerdings schon im November 1936 vor, „die auch im Kriegsfall devisenschaffende Fertigwarenindustrie, die zu keinerlei Rüstungsaufträgen herangezogen wird,“ als „ein bedingt wehrwirtschaftliches Problem“ zu untersuchen. Die sächsischen HAG nahmen seit ihrer Gründung Einfluß auf die Standortentwicklung der

Wehrmacht und der Luftwaffe, beklagten sich aber wie auch die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung darüber, daß sie zu wenig in Entscheidungsvorbereitungen einbezogen seien.

Dominierend waren in diesem Zeitraum Untersuchungen zu den *Standortbedingungen der sächsischen Wirtschaft*, besonders der Industrie, und zu den Chancen für eine Wiederbelebung des Exportes sowie zu den Notstandsregionen im Erzgebirge, in der Oberlausitz und im Vogtland, um so Ansätze und Vorstellungen für eine regionale Strukturpolitik durch das sächsische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit zu entwickeln.²² Das berührte sich mit einem der von der RAG vorgegebenen Forschungsschwerpunkte und bildete eine Besonderheit vor allem der Leipziger Arbeiten. Karl C. Thalheim entwickelte nach seiner Berufung zum Professor und zum Leiter des Weltwirtschaftsinstitutes an der Handels-Hochschule diese Konzepte weiter und plante die Gründung eines international wirksamen Industrieinstitutes, das insbesondere für die industriepolitischen Planungen der europäischen Fertigwarenindustrie Vorlauf schaffen sollte.²³

Ähnliche Fragen waren auch Gegenstand der Untersuchungen der HAG der Universität Leipzig, vor allem bis 1940 durch Eugen Sieber und Hans-Jürgen Seraphim. Der Einfluß von Reche und Helbok²⁴ in der HAG der Universität brachte eine noch offenkündigere Ausrichtung an den politischen Zielen des Nationalsozialismus. Während die HAG an der Handels-Hochschule Forschungen vorlegte, die als Grundlage einer nationalsozialistischen Strukturpolitik in Sachsen genutzt werden konnten, konzentrierten sich die beiden Genannten vor allem auf die im Sinne der NS-Ideologie relevanten Themen. Rassenpolitische Untersuchungen und Untersuchungen zu den „biologischen Grundtatsachen“ bestimmter Regionen oder sozialer Schichten spielten hier eine wesentliche Rolle.²⁵

Entsprechend dem traditionellen Selbstverständnis der sächsischen Hochschulen als deutscher Vorposten gegenüber Südosteuropa vollzog sich die direkte Einbindung in die NS-Politik bei dieser Thematik am raschesten. *Forschungen zu den Grenzgebieten und zu Südosteuropa* dominierten sehr stark, besonders in den Jahren 1937 bis 1939. Das zeigte bereits die Thematik der Ausstellung, die beim ersten öffentlichen Auftreten der beiden Leipziger HAG eröffnet wurde. So konzentrierten sich die Forschungen sehr stark auf die angrenzenden tschechischen Gebiete, deren wirtschaftliche Integration nach der Annexion der sudetendeutschen Gebiete vorbereitend. Der Stellenwert dieser Gebiete für die Leipziger Raumforschungen zeigte sich auch in

einem scheinbar nebensächlichen Fakt: Als die Aufenthaltsgenehmigung des der HAG der Handels-Hochschule angehörenden Sudeten-deutschen Franz Sigl in Sachsen abließ, setzten sich Thalheim und der Rektor der Handels-Hochschule Wörner für ihn mit der Begründung ein, seine wissenschaftlichen Leistungen um das deutsche Volkstum in der Tschechoslowakei seien unverzichtbar.²⁶

Im Rahmen der Zusammenarbeit der Leipziger Hochschularbeitsgemeinschaften erschienen seit 1938 unter dem Titel „Der sächsische Wirtschaftsraum. Leipziger Beiträge zur Raumforschung“ bis zum Beginn des Krieges mehrere Dissertationen zur Wirtschaftsgeographie. Kurt Möckels Arbeit zur Bedeutung der Ausfuhr für die sächsische Industrie machte vor allem den Versuch, auf der Basis umfassender Analysen und Befragungen in Unternehmen und Wirtschaftskammern die Gründe für die Exportabhängigkeit zu analysieren und so den Schock des dramatischen Einbruchs insbesondere seit 1927 zu bewältigen. Außerdem standen die ersten Auswirkungen der NS-Devisen- und Rohstoffpolitik auf die von kleinen und mittleren Unternehmen dominierte sächsische Wirtschaft zur Diskussion.²⁷ Die anderen Arbeiten wurden von Hans-Jürgen Seraphim oder Karl C. Thalheim betreut und versuchten durch die Konzentration auf die deutsch-tschechischen Grenzgebiete direkt in die aktuellen Auseinandersetzungen um die Grenzlandlage Sachsens und um die Erweiterung des deutschen wirtschaftlichen Einflusses in Mittelosteuropa einzugreifen.²⁸

III.

Unlängst wurden im Nachlaß des Leipziger Geographen Edgar Lehmann umfangreiche unveröffentlichte Texte unter dem Titel „Wirtschaftsgeografie von Sachsen. Raumkundliches Handbuch von Sachsen“ gefunden, die sich in den Sammlungen des Archives des Leipziger Instituts für Länderkunde befinden. Im gleichfalls dort befindlichen Nachlaß des 1946 verstorbenen Direktors des Museums für Länderkunde, Rudolf Reinhard, ist ein Brief überliefert, der eine nähere Zuordnung des Projektes erlaubt. Anlage und Qualität der Texte lassen die Wertung zu, daß mit diesem Handbuch eine Bilanzierung des gesamten Ertrages der landeskundlichen, wirtschaftsgeographischen und siedlungsgeschichtlichen Arbeiten der dreißiger und beginnenden vierziger Jahre vorliegt. Ziel war es offensichtlich, in die politischen Auseinandersetzungen um die neue „Mittellage“ Sachsens

nach den Annexionen in Ost- und Südosteuropa in Deutschland einzugreifen und den Stellenwert dieser Region sowohl historisch als auch durch aktuelle raumkundliche Untersuchungen zu unterstreichen. Hinsichtlich dieser Bilanz läßt es sich in Bezug setzen zu dem unter anderen Bedingungen entstandenen „Raum-Werk“ Westfalens, mit dem auf ein Eingreifen in die Reichsreformdiskussion gezielt worden war und eine Unterschätzung der Eigenheiten dieses Raumes verhindert werden sollte.²⁹ Bereits 1936 war für Sachsen eine Publikation unter dem Titel „Kulturräume und Kulturströmungen im mitteldeutschen Osten“ erschienen, die sich als „Gegenstück zu den Kulturströmungen und Kulturprovinzen in den Rheinlanden von 1926“³⁰ verstand. Die Problematik der politischen Instrumentalisierung dieser sorgfältigen Bilanz der siedlungs-, sprach- und landesgeschichtlichen Forschungen der zwanziger und der ersten Hälfte der dreißiger Jahre wird im Vorwort Hans Freyers deutlich, der zum Geleit formulierte: „Die Wissenschaft wird in dem Maße zur politischen Wissenschaft, wie ihre Fragen durch das völkische Schicksal gestellt sind und ihre Antworten der Selbsterkenntnis des völkischen Lebens dienen. In diesem Sinne beansprucht das vorliegende Werk, das aus der Arbeitsgemeinschaft Leipziger Institute erwachsen ist, politische Wissenschaft zu sein.“³¹

Rudolph Reinhard, seit dem Sommer 1942 Leiter der Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Universität Leipzig, berichtete Anfang 1946 aus Leipzig an die Abwicklungsstelle der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung, die als Rechtsnachfolger der RAG nach Göttingen übersiedelt war. Reinhard schrieb, daß die Leipziger Hochschularbeitsgemeinschaft 1943 den Auftrag übernommen hatte, unter dem Titel „Wirtschaftsgeographie von Sachsen. Raumkundliches Handbuch“ ein zweibändiges geographisches Überblickswerk vorzulegen. Der erste Band, dessen Vorbereitungen weit vorgeschritten waren, sollte einen allgemeinen Überblick und die Charakteristik der Landschaften Sachsens geben. Die Mehrzahl der Manuskripte dieses Bandes liegt vor. Der zweite Band, dessen Vorbereitung für die Zeit nach dem Kriege geplant gewesen sei, habe eine Behandlung der einzelnen Wirtschaftszweige und den Verkehr nach geographischen Gesichtspunkten bringen sollen.³² Zu den Vorbereitungen gehörten auch 27 überlieferte Kreisbeschreibungen der sächsischen Stadt- und Landkreise, die auf der Grundlage der Zählungen von 1933 und 1939 eine Charakteristik der räumlichen, wirtschaftlichen, demographischen und sozialen Situation gaben.

Diese Arbeiten blieben jedoch ein Torso: 1944 wurden alle Arbei-

ten zur Raumplanung und damit auch offiziell die Raumforschung eingestellt.

Die Bilanz des Versuches, unter den Bedingungen des Nationalsozialismus strukturelle Probleme einer hochindustrialisierten Gesellschaft zu untersuchen und lösen, ist niederschmetternd. Die Verflechtung mit den politischen Intentionen des Nationalsozialismus führte zu einer Diskreditierung der deutschen Raumforschung, die international bedeutsame Beiträge geleistet hatte und deren Vertreter nun mühsam versuchten, ihren unpolitischen Charakter zu dokumentieren.³³ Für viele Raumforscher und -planer wurde mit den Kriegsfolgen ein Lebenswerk zerstört; umso erstaunlicher ist es, daß der größere Teil von ihnen noch Jahre ohne kritische Reflexionen über ihre eigene Rolle und über ihr Selbstverständnis auf diesem Gebiet weiterarbeitete.³⁴ Erst in den letzten Jahren kam eine kritische Diskussion zustande, was sicher auch mit dem Abtreten dieser Generation zusammenhängt.

In Leipzig wurde mit dem Kriegsende das Potential geographischer und raumkundlicher Forschungen beträchtlich geschmälert. Das Geographische Seminar der Universität war seit Dezember 1943 zerstört und hatte seine reichhaltige Ausstattung zum großen Teil verloren. Das im Grassi-Museum untergebrachte Museum für Länderkunde hatte gleichfalls durch die Bombardierungen Verluste zu erleiden; Reinhard starb im Sommer 1946. Schmitthenner wurde von den US-Amerikanern veranlaßt, Leipzig zu verlassen und nach Weilburg mit überzusiedeln.³⁵

Vor allem aber gilt eins: Die Probleme, die nach dem Ersten Weltkrieg die rasche Entwicklung dieser Disziplin begünstigt hatten, waren nun durch die Zerreißung des europäischen und deutschen Wirtschaftsraumes in völlig neuer Dimension wiedererstanden, und es gab in den Jahren der Rekonstruktion der Industrie keine Chance, sie entsprechend der gewonnenen Erkenntnisse durch eine Strukturpolitik zu lösen.

- 1 M. Röbber, „Wissenschaft und Lebensraum“. Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplingeschichte der Geographie, Berlin/Hamburg 1990.
- 2 Zu Freyer unlängst und unter Berücksichtigung der umfangreichen Literatur G. Diesener, Die schwierige Nachfolge. Hans Freyer als Direktor des Instituts für Universal- und Kulturgeschichte, in: Archiv für Kulturgeschichte, 77. Bd. (1995), H. 1, S. 117-133. Zur Leipziger landeskundlichen und Landesgeschichtsforschung vgl. vor allem W. Oberkrome, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideolo-

Landes- und Raumforschung in der Zeit des Nationalsozialismus

- gisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918-1945. Göttingen 1993; dort auch ausführliche Literaturverweise.
- 3 Vgl. dazu demnächst U. Heß, *Leiziger Regionalforschung im 20. Jahrhundert*, in: *Regionalgeschichte: Sozialer Raum zwischen Mikro- und Makrohistorie (19./20. Jahrhundert)*, hrsg. von E. Dillmann, Saarbrücken (i.E.).
 - 4 Zur HAG der Handels-Hochschule, die dem Weltwirtschaftsinstitut zugeordnet war, gehörten außer dem Obmann Thalheim: Prof. Dr. Hasenack, Prof. Dr. Großmann, Prof. Dr. Penndorf, Prof. Menz, Prof. Dr. Schäfer, Prof. Dr. Henzel, Prof. Dr. Löbner, Dr. Geith, Dr. Pröpfer, Dr. Nepple und Hoheisel als Führer der Studentenschaft. Vgl. dazu auch W. Hasenack, *Die Handels-Hochschule in Leipzig*, insbesondere ihre Arbeit im Kriege, Dresden 1941, S. 8.
 - 5 Für diese Konzentration spricht auch die Quellenüberlieferung, die zur Universität zumindest nach der bisherigen Erschließung viel ungünstiger ist als zur Handels-Hochschule. Demgegenüber ist für die Jahre von 1942/43 bis in die unmittelbare Nachkriegszeit mit dem Nachlaß des Direktors des Deutschen Museums für Länderkunde und Leiters der HAG an der Universität seit Sommer 1942 Rudolph Reinhard im Archiv des Institutes für Länderkunde eine bessere Überlieferungslage gegeben.
 - 6 C. Engeli, *Landesplanung in Berlin-Brandenburg*, Stuttgart 1986, S. 19.
 - 7 H. W. Hoffacker, *Entstehung der Raumplanung, konservative Gesellschaftsreform und das Ruhrgebiet 1918-1933*, Essen 1989; *Raumordnung und Landesplanung im 20. Jahrhundert*, *Historische Raumforschung 10. Forschungsberichte des Ausschusses „Historische Raumforschung“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung*, Hannover 1971.
 - 8 Vgl. D. J. K. Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Frankfurt a.M. 1987.
 - 9 Vgl. dazu v.a. J. Herf, *Reactionary Modernism. Technology, Culture and Politics in Weimar and the Third Reich*, Cambridge 1984.
 - 10 Vgl. Hoffacker, *Entstehung der Raumplanung* (Anm. 7).
 - 11 Vgl. H. Weigmann, *Politische Raumordnung, Gedanken zur Neugestaltung des deutschen Lebensraumes*, Hamburg 1935.
 - 12 Als eine der Ausnahmen nennt W. Hofmann, *Mitteldeutschland in der Geschichte der deutschen Raumplanung*, Dessau 1992, S. 18, Stephan Prager, der trotz seiner Verdienste um die Entwicklung der Landesplanung 1935 ausgeschaltet und von 1942 bis 1945 in ein KZ eingeliefert wurde.
 - 13 Universitätssarchiv Leipzig (UAL), Personalakte Heinrich Schmitthenner.
 - 14 Vgl. Nachlaß Volz im Archiv des Institut für Länderkunde Leipzig.
 - 15 Im Nachlaß Volz existiert ein Brief vom September 1939, in dem Volz hervorhebt, daß er zur Hebung der Geltung Deutschlands in Mitteleuropa durch seine Arbeit wesentlich beigetragen habe, auch wenn das gegenwärtig nicht anerkannt würde. Aus Unterlagen aus der Zeit nach dem Krieg 1945 geht hervor, daß Volz Angriffen seines ehemaligen Mitarbeiters in der Geschäftsstelle ausgesetzt war. Angebliche Unterschlagungen von Stiftungsgeldern führten zu seinem eigenen Antrag auf eine disziplinarische Untersuchung an das Sächsische Kultusministerium, dem allerdings nicht gefolgt wurde. In der NS-Zeit sei er besonders angegriffen worden, weil er sich von seiner jüdischen Ehefrau nicht trennen wollte. Diese wurde ebenso wie seine beiden Söhne als Opfer des Faschismus in der SBZ anerkannt. Vgl. auch UAL, Personalakte Wilhelm Volz.
 - 16 UAL, Personalakte Schmitthenner.
 - 17 Es existiere lediglich in Leningrad ein vergleichbares Museum, das aber für die (west-)europäische Öffentlichkeit faktisch nicht zugänglich sei.
 - 18 Vgl. dazu die Skizze der Forschungssituation in W. Bramke/G. Dittrich/U. Heß/J. Reinhold, *Sachsens Wirtschaft im Wechsel politischer Systeme im 20. Jahrhundert. Strukturelle Entwicklung und soziale Problemfelder vom Ausgang des Ersten Weltkrieges*

Ulrich Heß

bis in die frühen sechziger Jahre, Leipzig 1992, S. 3f. und Literaturverzeichnis.

19 UAL, HHS, 231, Bd.1, Bl.9.

20 UAL, HHS, 231, Bd. 1., Bl. 33. An gleicher Stelle ist auch eine Übersicht über die Mitglieder der HAG an der Leipziger Universität enthalten.

Gliederung der HAG	Vormann	Mitarbeiter (vorl.)
Geologie	Pietzsch	Kockel, Krenkel, Ackermann, Wiontzek, Scheumann, Hentschel, Schüller, Grahmann, Hertel, Wernicke, Heinz
Geographie	Schmitthenner	Reinhard, Rudolphi, Voppel, Gellert, Käubler
Geophysik	Weickmann	?
Rassen- und Völkerkunde	Reche	Hesch
Soziologie	Freyer	Pfeffer
Landes- und Volksgeschichte	Helbok	Tackenberg, Schlier
Landwirtschaft	Waldhäusl	Golf, Wilmanns
Wirtschaftswissenschaften	Sieber	Seraphim, Brüer
Zeitungswissenschaften	Münster	Röder, Schöne
Rechtswissenschaften	Gerber	?

21 Vgl. dazu U. Heß, Rüstungs- und Kriegswirtschaft in Sachsen (1935-1945), in: Sachsen und Mitteldeutschland. Politische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen im 20. Jahrhundert, hrsg. von W. Bramke u. U. Heß, Köln/Weimar 1995, S. 73-91.

22 UAL, HHS, 231, Bd. 3, Bl. 133. Thalheim übermittelte mit diesem Brief dem Ministerialrat im sächsischen Wirtschaftsministerium Dr. Florey eine Studie der HAG der Handelshochschule „Notstandsprobleme im Lande Sachsen“. Die Studie wurde auch dem Direktor des Landesarbeitsamtes Hardrath und der Gauführung der DAF übermittelt. Außerdem versuchte Thalheim, über die Wirtschaftskammer Sachsen Einfluß auf die Strukturpolitik in Sachsen zu erhalten, zumal nach seiner Ansicht die Landesplanungsgemeinschaft Sachsen zu schwerfällig und ineffektiv sei. Er befürwortete deshalb den Vorstoß des Geschäftsführers der Wirtschaftskammer Dr. Bellmann, dort ein kleines Arbeitsgremium zur Raumplanung zu schaffen.

23 UAL, HHS, 172, Bl. 187-197.

24 Zu Helbok vgl. die Diplomarbeit von E. Thiel, Das Seminar für Landesgeschichte und Siedlungskunde an der Universität Leipzig und seine Direktoren Rudolf Kötzschke und Adolf Helbok im Prozeß der faschistischen 'Gleichschaltung', Leipzig 1990.

25 Vgl. dazu UAL, HHS, 231, Bd. 3, Bl.110.

26 UAL, HHS, 231, Bd. 3.(Briefwechsel Wörmers und Thalheims mit der Leipziger Stadtverwaltung, dem Polizeipräsidentium und der Volksdeutschen Mittelstelle Berlin).

27 K. Möckel, Die Bedeutung der Ausfuhr für die sächsische Industrie, Leipzig 1938.

28 Zur Grenzlandlage vgl. U. Heß, Rüstungs- und Kriegswirtschaft in Sachsen (Anm.

Landes- und Raumforschung in der Zeit des Nationalsozialismus

- 21). Zu nennen sind folgende Dissertationen: I. Rothe, Mensch und Wirtschaft im erzgebirgischen Dorf, Leipzig 1938; W. Gerstenberger, Die Wirtschaftsstruktur einiger Kleinstädte im erzgebirgischen Grenzraum, Leipzig 1938; außerdem erschienen zu in die Krise geratenen Industriezweigen: K.-H. Ehler, Der Leipziger Rauchwarengroßhandel im letzten Jahrzehnt, Leipzig 1938 und H. Häntsch, Die Bekleidungsindustrie in der sächsischen Oberlausitz, Leipzig 1939.
- 29 Vgl. dazu K. Teppé, Regionalismus und Regionalgeschichte. Zum Verhältnis von kulturpolitischen Interessen und regionalgeschichtlichen Konzeptionen am Beispiel Westfalens, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft (1993) 11, S. 729-737.
- 30 W. Ebert/T. Frings/K. Gleissner/R. Kötzschke/G. Streitberg, Kulturräume und Kulturströmungen im mitteleuropäischen Osten, Halle 1936, S. IX. Zur Kulturraumforschung in Leipzig vgl. demnächst G. Lerchner, Kulturraumforschung, in: 150 Jahre Forschung an der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, hrsg. von G. Haase u.a.
- 31 Kulturräume und Kulturströmungen (Anm. 30), S. III.
- 32 Nachlaß Reinhard im Archiv des Instituts für deutsche Länderkunde Leipzig.
- 33 Vgl. C. Troll, Die geographische Wissenschaft in Deutschland in den Jahren 1933 bis 1945. Eine Kritik und Rechtfertigung in: Erdkunde 1947, 1. Lieferung.
- 34 Vgl. zum Selbstverständnis der Raumplaner: Raumordnung und Landesplanung (Anm. 7), 1971.
- 35 Zu diesem Vorgang kürzlich G. Wiemers, Die Amerikaner verlassen Leipzig. Vor 50 Jahren: Zwangsumsiedlung nach Weilburg/Lahn, in: Universität Leipzig 1995, H. 5, S. 19-21.